

348/AB XXII. GP

Eingelangt am 23.06.2003

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfragebeantwortung

BM FÜR SOZIALE SICHERHEIT
GENERATION UND KONSUMENTENSCHUTZ

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage**
Nr. 381/J der Abgeordneten Weinzinger, Freundinnen und Freunde wie folgt:

Fragen 1 bis 4:

Amtstierärztinnen nehmen Aufgaben aus dem Bereich der Landesverwaltung und der mittelbaren Bundesverwaltung wahr. Soweit die Vollziehung der Länder angeprochen ist, handelt es sich um keine Angelegenheiten der Geschäftsführung der Bundesregierung. Hinsichtlich der mittelbaren Bundesverwaltung verweise ich auf den Umstand, dass Angelegenheiten des Veterinärwesens und Angelegenheiten der Nahrungsmittelkontrolle aufgrund der Bundesministeriengesetz-Novelle 2003, BGBI. I Nr. 17/2003, in den Wirkungsbereich der Bundesministerin für Gesundheit und Frauen fallen.

Fragen 5 und 6:

Einleitend ist auf das Regierungsprogramm zu verweisen, das hinsichtlich eines Bundes tierschutzgesetzes folgende Aussagen trifft:

„Künftig soll es ein Bundes tierschutzgesetz (Art. 11 B-VG) auf der Basis einheitlicher EU-Standards geben für die Heimtierhaltung, die Haltung von Nutztieren sowie die Haltung von Tieren in Zoos und Tierparks. Gleichzeitig wird die bundeseinheitliche Umsetzung von EU-Recht sichergestellt. Hohe Standards sichern und gleichzeitig Maßnahmen für faire Wettbewerbsbedingungen - z.B. die verstärkte Investitionsförderung für besonders tierfreundliche Haltungsformen - setzen;“

Da nach dem Bundesministeriengesetz 1986 das Bundesministerium für Gesundheit und Frauen, das Bundesministerium für Forst- und Landwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, mein Ministerium und federführend das Bundeskanzleramt im Einvernehmen vorzugehen haben, ist auch hinsichtlich der Frage der Kontrolle eine

Abstimmung nötig, weshalb derzeit noch keine näheren inhaltlichen Aussagen getroffen werden können.

Im Übrigen verweise ich auf die Beantwortung der Fragen 1 und 2 der parlamentarischen Anfrage 380/J durch den führend zuständigen Bundeskanzler.